



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



Kerstin Tack

Hannover im Herzen.
Deutschland im Blick.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

endlich kommt der Sommer und endlich scheint die Pandemie ihr Ende zu nehmen! Es war richtig, dass wir vor einigen Wochen die Notbremse gezogen haben und wir werden jetzt mit einer Zeit der Entspannung und einem Mehr an Normalität belohnt. Die Notbremse wird nicht verlängert werden. Ich hoffe, dass auch jene, die bezüglich der Lage unserer Demokratie verunsichert waren, jetzt ihr Vertrauen in unsere Institutionen wiedergewinnen. Ich habe Briefe erhalten, die eine tiefe Besorgnis darüber zum Ausdruck brachten, ob die Einschränkung von Grundrechten dauerhaft beibehalten werden soll. Da sich viele dieser Schreiben sehr ähnelten, waren sie für mich ein Beleg dafür, dass Desinformationskampagnen auch in unserer Gesellschaft Erfolge feiern und potentiell großen Schaden anrichten können.

Die letzten regulären Sitzungswochen werden in diesem Monat noch beendet sein und die Ziellinie, der Abschluss dieser Legislatur, ist in greifbarer Nähe. Vieles, was uns wichtig war, haben wir umsetzen können: Das Teilhabechancengesetz, das Betriebsrätestärkungsgesetz, das Lieferkettengesetz, das Barrierefreiheitsgesetz, das Verbot von Werkverträgen in der

Fleischproduktion und und und. Ich bin froh und stolz, hier mitgewirkt zu haben. Grade im Bereich Arbeit und Soziales haben wir in den letzten Jahren einen guten Job gemacht, wie man so sagt.

Als ich meine letzte Legislatur antrat, konnte ich nicht ahnen, dass uns eine Pandemie ins Haus steht. Und trotzdem ist es uns gelungen, in den letzten 1,5 Jahren nicht nur gegen die Krise anzukämpfen, sondern wir haben viele normale wichtige und weichenstellende Gesetze verabschieden können.

In dieser Ausgabe beleuchten wir die verabschiedeten Gesetze der letzten Wochen und meine letzte Betriebsrätekonferenz mit der SPD-Bundestagsfraktion. Wir lenken den Blick auch auf Dinge, die uns am Herzen liegen, die mit der Union jedoch nicht zu realisieren sind. Adis Ahmetovic und ich geben ein Doppelinterview und wir schauen in unser Zukunftsprogramm.

Ich wünsche allen viel Spaß beim Stöbern und einen schönen und vor allem erholsamen Sommer!

Herzlichst Ihre und eure
Kerstin Tack

Die Union steht auf der Bremse

Wir sind stolz auf die vielen guten Gesetze, die die große Koalition auf den letzten Metern noch verabschieden konnte. Die SPD ist die gestalterische und die treibende Kraft in diesem Zweckbündnis. Leider steht der Koalitionspartner bei vielen anderen Themen, die uns ebenso wichtig sind, auf der Bremse. Bei diversen Reformvorhaben war bedauerlicher Weise schon vor Beginn der Koalition klar, dass sich die Union trotz Verhandlungen nicht bewegen wird.

Bei der Anpassung des Abstammungsrechtes für Regenbogenfamilien durch die Ermöglichung der Mitmutterschaft, der Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes sowie bei der Streichung von §219a und vielen weiteren unserer Herzensanliegen war leider keine Bewegung bei der Union zu erwarten.

Hier müssen wir in der Zukunft auf andere Mehrheiten hoffen. Bei anderen Gesetzen steht die CDU/CSU bei uns eigentlich durch den Koalitionsvertrag im Wort, verzögert jedoch vorsätzlich den Gesetzgebungsprozess, um ihre Versprechen nicht einlösen zu müssen.

Fortsetzung auf Seite 2

Tarifliche Bezahlung in der Altenpflege wird endlich vorgeschrieben

Viele Pflegekräfte in der Altenpflege in Deutschland arbeiten dauerhaft an ihrer Belastungsgrenze. Die große Mehrheit von ihnen erhält bisher jedoch keine angemessene Entlohnung.

Diesen Missstand wollte die große Koalition mit dem Pflegegehälterverbesserungsgesetz beheben. Über die mit dem Gesetz reformierte Pflegekommission konnte ein höherer und nach Qualifikation gestaffelter Pflege-Mindestlohn erreicht werden. Die ebenfalls angestrebte Erstreckung eines Tarifvertrages auf ganz Deutschland scheiterte jedoch an der fehlenden aber notwendigen Unterstützung der Dienstgeber von Caritas und Diakonie.

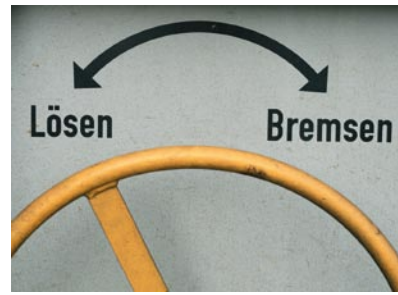
Auf Initiative von Bundesarbeitsminister Heil und Bundesfinanzminister Scholz wurde im Gesundheitsmodernisierungsgesetz jetzt aber geregelt, dass Versorgungsverträge mit Pflegeeinrichtungen ab September 2022 nur noch abgeschlossen werden dürfen, wenn diese nach Tarifverträgen oder mindestens in entsprechender Höhe bezahlen.

Für die ca. 50% nicht unter einen Tarifvertrag fallenden Pflegekräfte, davon ca. 84% Frauen, wird dies zu einem deutlichen Lohnplus und damit auch einen wichtigen Beitrag zur Attraktivitätssteigerung dieses wichtigen Berufes führen.

Die ebenfalls beschlossenen gestaffelten Zuschüsse für stationär Pflegebedürftige sorgen zusammen mit einem ab 2022 gezahlten jährlichen Zuschuss des Bundes und einer geringfügigen Beitragssatzsteigerung für Kinderlose dafür, dass die zusätzlichen Kosten nicht von den Pflegebedürftigen getragen werden müssen.

Diese Reform ist ein wichtiger Erfolg der SPD. Darüber hinaus bleibt der mit dem Pflegegehälterverbesserungsgesetz eröffnete Weg, einen Tarifvertrag auf ganz Deutschland zu erstrecken, offen. Es liegt in der Verantwortung der Sozialpartner diesen erneut zu beschreiten.

Die Union steht auf der Bremse



Exemplarisch ist hier das Verbot der sachgrundlosen Befristung zu nennen. Wir als SPD wollen der Ausbeutung von in erster Linie jungen Menschen, die von Befristung zu Befristung leben, ein Ende setzen. Man bekommt keinen guten Mietvertrag, kann keine Immobilie erwerben, muss die Familienplanung auf später

verschieben – wer keinen unbefristeten Arbeitsvertrag bekommt, hat massive Nachteile in der Lebensplanung. Das Gesetz zur sachgrundlosen Befristung, das Gesetz zum mobilen Arbeiten und das Gesetz zu Änderungen im SGB II sind alle fertig geschrieben und sind dem Bundeskanzleramt zur weiteren Koordination zugeleitet worden. Dieses lehnt jedoch eine weitere Bearbeitung ab, obwohl diese Gesetze im Koalitionsvertrag verabredet waren. Die Union bricht zugunsten ihrer Klientel ihr Wort.

Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“

Kinder und Jugendliche sind und waren besonders betroffen von den notwendigen Schutzmaßnahmen in der Pandemie. Es fehlen die Kontakte zu den Freund:innen und natürlich der tägliche Unterricht im Klassenraum. Klassenfahrten, Exkursionen, Urlaube und Sport im Verein sind weggefallen und nicht mehr nachzuholen.

Umso mehr müssen wir jetzt dafür tun, dass Lernrückstände aufgeholt werden können. Wir investieren in Begleitung und Unterstützung und in Angebote für Ferien, Freizeit und Sport.

Wir haben als SPD dafür gesorgt, dass für dieses Programm zwei Milliarden Euro für 2021/22 zur Verfügung stehen.

Ganz besonders müssen wir auch die in den Blick nehmen, die vor der Pandemie schon benachteiligt waren – unter anderem mit einem Kinderfreizeitbonus für Ferien-, Sport- und Freizeitaktivitäten von einmalig 100 Euro je Kind.

Lobbyregister und Transparenzregeln

Schon lange haben wir als SPD-Fraktion für einen transparenteren Umgang mit Lobbyismus im Bundestag gekämpft. Endlich hat die Union ihre Blockadehaltung nun zumindest etwas gelockert.

Wer Lobbyarbeit gegenüber dem Bundestag und der Bundesregierung betreibt, muss sich künftig in ein verbindliches Lobbyregister eintragen. Bei Verstößen droht ein Ordnungsgeld von bis zu 50.000 Euro. Außerdem wird ein Verhaltenskodex eingeführt. Verstöße dagegen werden im Lobbyregister veröffentlicht. Zur Einführung eines exekutiven Fußabdrucks, d.h. zu konkreten Infos, wer an Gesetzentwürfen mitgearbeitet hat, konnte sich die Union noch nicht durchringen.

Mit den neuen Transparenzregeln für Abgeordnete müssen künftig anzeigepflichtige Einkünfte von mehr als 1.000 Euro im Monat oder 3.000 Euro im Jahr aus Nebentätigkeiten und Unternehmensbeteiligungen betragsgenau auf Euro und Cent veröffentlicht werden. Unternehmensbeteiligungen müssen nun bereits ab fünf Prozent veröffentlicht werden. Honorare für Abgeordneten-Vorträge und von Dritten bezahlte Lobbytätigkeiten werden verboten.

Kerstin Tack und Adis Ahmetovic im KontACKt-Doppelinterview

Jetzt haben wir euch beide hier beisammen: Die gegenwärtige und die zukünftige Vertretung des Wahlkreises im Deutschen Bundestag.

Adis Ahmetovic: (lacht) Wir arbeiten daran! Ich habe in den letzten Wochen immer wieder gesagt: Kerstin hinterlässt große Fußstapfen. Dass ich für meine Heimatstadt antreten kann, ist für mich eine große Ehre. Ich bin in diesem Wahlkreis aufgewachsen und habe selber für Kerstin Wahlkampf gemacht.

Kerstin Tack: Ich bin sehr froh, dass Adis sich bereit erklärt hat, zu kandidieren. Mit der Erfahrung der letzten zwölf Jahre habe ich einen Blick dafür, wer der Arbeitsbelastung im Bundestag standhalten kann. Adis hat in Hannover in den letzten Jahren bewiesen, wie hart er arbeitet und wie engagiert er Themen verfolgt. Er hat über die Zeit immer mehr Leute davon überzeugt, was für ein starker Kandidat er ist. Ich höre mit einem guten Gefühl auf. Der Adis kann das!

Was erwartet uns im Wahlkampf?

Adis: Der Wahlkampf wird eine ganz spannende Zeit. Kerstin ist immer in die Kleingartenvereine, zu den Schützen und auf die Märkte gegangen. Das ist auch für mich wichtig.

Kerstin: Wo die Menschen sind!

Adis: Wir kriegen in Hannover viel Besuch: Olaf Scholz, Hubertus Heil und Christine Lambrecht kommen persönlich vorbei, viele weitere besuchen uns in digitalen Formaten. Zusätzlich mache ich Hospitationen in vielen Betrieben und Branchen in der Stadt: Gastro im Hauptbahnhof, Frühschicht im Pflegeheim – jede Woche was Neues. Mir ist das Gespräch mit den Hannoveranerinnen und Hannoveranern am Infostand, auf dem Markt, an der Haus- oder Gartentür sehr wichtig und das findet natürlich mit den Teams vor Ort statt.



innen und Wählern legen. Ich habe die Geschichten und Wünsche aus meinem Wahlkreis mitgenommen, habe je nach Situation entweder versucht, vor Ort bei Behörden zu vermitteln oder in Berlin bei den entsprechenden Arbeitsgruppen der Fraktion um Lösungen gebeten.

Adis: Ich erinnere da an die Anweisung aus dem Ministerium für Arbeit und Soziales an alle Jobcenter, die Ausrüstung für das Homeschooling unbürokratisch zu übernehmen. Das hat geklappt und es zeigt: der Dialog führt zu echten Lösungen.

Kerstin: Ja! Ich hatte zwei Treffen mit Schulleitungen und einer Elternvertretung, erst bei der Region und später mit der Stadt Hannover. Es ging darum, ob und wann der Digitalpakt bei den Schüler:innen ankommt und wann es Lösungen für alle Familien gibt. Das war sehr ernüchternd. Ich habe daraufhin mit Hubertus Heil verabredet, eine schnelle Lösung für bedürftige Familien bei der Finanzierung der Homeschooling-ausrüstung zu finden. Das hat dann zu meiner Freude schnell geklappt. Wenn man nicht vor Ort kontrolliert, wie die Gesetze ankommen, wie die Praxis aussieht, dann ist das nur die halbe Miete. Beim Teilhabechancengesetz habe ich das auch so gemacht. Bei einem Termin im Job Center habe ich Arbeitgeber:innen getroffen, die an dem Programm teilnehmen und Langzeitarbeitslose über das SGB II gefördert sozialversicherungspflichtig eingestellt haben. Ich wollte wissen, wie das in der Praxis aussieht. Ob das Coaching etwas bringt, was die Hemmnisse sind, die Arbeitnehmer:innen bei Auslaufen der Förderung zu übernehmen. Ich wollte auch und gerade Kritik hören, weil mir der Erfolg der Gesetze wichtig ist.

Kerstin, was willst du Adis mitgeben?

Kerstin: Atemübungen! (lacht) Adis ist ja schon ein erfahrener Politiker. Dem muss ich über Ausdauer und Kompromissfähigkeit nichts mehr erzählen, aber ich wünsche Adis zum einen Coolness und zum anderen wünsche ich ihm, dass er von den Bürgerinnen, Bürgern und Verbänden genauso aufgenommen und unterstützt wird, wie ich aufgenommen und unterstützt worden bin.

Adis: Sie wissen, was sie an dir haben.

Kerstin: Und sie werden sehen, was sie an dir haben. Ich bin sehr stolz auf unsere Partei, dass 36 % unserer Direktwahlkandidat:innen unter 40 sind, was in der Politik echt jung ist. 11 % sind wie du unter 30. Aus zwölf Jahren Erfahrung weiß ich, dass es immer noch zu wenig junge Menschen im Bundestag gibt. Eine gute Demokratie lebt von der Vielfalt der Politiker:innen.

Adis, mit welchen Themen gehst du nach Berlin?

Adis: Ich habe drei Schwerpunktthemen: gerechte Bildung hat uns als Thema durch die Corona-Pandemie begleitet. Wir müssen mehr in Bildung und besonders in die Digitalisierung der Schulen investieren. Dann hat uns die Pandemie gezeigt, dass Gesundheit vor Profit stehen muss. Wir brauchen eine Pflegeoffensive und mehr Investitionen in unser Gesundheitssystem. Mein drittes Thema ist gute und sichere Arbeit: Ein Beschäftigungssicherungsprogramm, Erhöhung der Mindestlöhne und eine zukunftsfeste Industrie, die den Klimaschutz nicht zu kurz kommen lässt. Diese drei Themen sind für mich die wichtigsten Marker bei der Frage, wie zukunftsfähig Deutschland ist.

[adis-ahmetovic.de](https://www.adis-ahmetovic.de)



Kerstin: Es ist ein deutliches Markenzeichen der SPD, dass wir großen Wert auf den Dialog mit den Wähler-

Starker Zusammenhalt braucht starke Sozialpartner



Am Montag, den 7. Juni 2021 fand die traditionelle Konferenz der Interessenvertretungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer statt. Mit rund 500 Betriebs- und Personalräten sowie Schwerbehindertenvertretungen aus ganz Deutschland haben wir digital debattiert.

Seit unserer letzten Konferenz im November ist viel passiert: Mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz haben wir die Missstände in der Fleischindustrie aufgeräumt und mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz die Arbeit und die Wahl von Betriebsräten vereinfacht und gestärkt.

Ich freue mich besonders, dass wir mit Bundesfinanzminister Olaf Scholz, Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und dem DBG-Bundesvorsitzenden Reiner Hoffmann auch dieses Jahr wieder hochkarätige Gesprächspartner vor Ort hatten, die den geladenen Betriebs-, Personalräten und Schwerbehindertenvertretungen Rede und Antwort gestanden haben. Die Krise um die Corona-Pandemie hat Umbrüche und neue Herausforderungen für die Beschäftigten und die Interessenvertretungen mit sich gebracht. An den gestellten Fragen wurde deutlich, dass die Pandemie die Betriebsräte nach wie vor stark bewegt.

In der ‚aktiven Mittagspause‘ hatten die Interessenvertreter:innen Gelegenheit über Videoschalten mit Abgeordneten aus dem Bereich Arbeit und Soziales in ein persönliches Gespräch zu kommen. Der direkte Austausch mit den Praktikern kommt in der Pandemie oft zu kurz. Diese digitale Möglichkeit war daher für alle Beteiligten eine Bereicherung.

Immer wieder wird deutlich: Der Wandel der Arbeitswelt gelingt nur, wenn es eine starke betriebliche Mitbestimmung gibt. Ohne eine starke Stimme der Beschäftigten in Berlin wird es nicht gehen. Deshalb ist der Austausch so wichtig. Die SPD steht an der Seite der Beschäftigten, um die Arbeitswelt der Zukunft so zu gestalten, dass Teilhabe und Mitbestimmung auch weiterhin Erfolgsfaktoren bleiben.

Dies war meine letzte Betriebsrätekonferenz als arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Deshalb habe ich von meiner lieben Kollegin Katja Mast einen wunderschönen Blumenstrauß überreicht bekommen.



Gesetz zur Stärkung von Betriebsräten beschlossen

Wo Betriebsräte gemeinsam mit Gewerkschaften arbeiten, sind die Arbeitsplätze sicherer, die Arbeitsbedingungen besser und die Löhne höher. Hat ein Unternehmen mehr als fünf Beschäftigte, haben die Beschäftigten das Recht einen Betriebsrat zu gründen. Doch in der Realität sieht das oft anders aus.

Die Gründung eines Betriebsrats muss oft hart erkämpft werden, auch gegenüber dem Arbeitgeber. Das ist eine Schande. Beschäftigte, die sich engagieren, sollten weder gekündigt noch behindert werden dürfen. Deshalb erweitern wir den Kündigungsschutz und vereinfachen die Gründung und die Wahlen von Betriebsräten mit dem Betriebsrätemodernisierungsgesetz.

Künftig gilt das vereinfachte Wahlverfahren auch bei Betrieben mit bis zu 200 Beschäftigten. Dieses Verfahren geht schneller und es müssen weniger Formalitäten beachtet werden. Bisher war es nur bei bis zu 100 Beschäftigten möglich.

Wir weiten den Kündigungsschutz aus. Dieser greift bereits bevor die ersten Einladungen zur Betriebsratswahl verschickt werden. Denn oft war schon die Initiative einer Betriebsratsgründung ein Kündigungsgrund. Wir wollen mehr Betriebsräte und Mitbestimmung in Deutschland und deswegen schützen wir genau diese Gruppe – und das von Anfang an.

Außerdem verbessern wir die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei der beruflichen Weiterbildung, beim Einsatz künstlicher Intelligenz und bei der Ausgestaltung mobiler Arbeit. Betriebsratssitzungen mittels Video- und Telefonkonferenz werden weiterhin möglich sein, allerdings nur, wenn es ausdrücklich der Wunsch des Betriebsrats ist.

Jugend- und Auszubildendenvertretungen kümmern sich in Zukunft auch um Auszubildende über 25 Jahren und das Mindestalter für eine Wahl zum Betriebsrat soll auf 16 Jahre gesenkt werden. So können auch junge Leute ab 16 Jahren im Betrieb aktiv mitbestimmen.

Im Rahmen der Verhandlungen ist es der SPD gelungen, den Schutz der Unfallversicherung auszuweiten. Der Schutz gilt nun auch bei der mobilen Arbeit für privat veranlasste Wege während der Arbeitszeit. Künftig sind Beschäftigte im Homeoffice auch versichert, wenn sie sich während der Arbeitszeit ein Glas Wasser holen.

Auch der Hin- und Rückweg zu Kinderbetreuungseinrichtungen im Homeoffice wird nun in die Unfallversicherung einbezogen. Damit schließen wir eine Versicherungslücke, die Beschäftigte im Homeoffice schlechter gestellt hat als ihre Kolleginnen und Kollegen in der Arbeitsstätte. Gut, dass diese Unterscheidung vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung mobiler Arbeitsformen vorbei ist.

Olaf Scholz digital im Wahlkreis



Das Zukunftsgespräch mit Olaf Scholz hat mit 400 Teilnehmenden nicht nur den Zuschauerrekord gebrochen: Auch beim Themenreichtum konnte sich die Veranstaltung sehen lassen. Viele Hannoveranerinnen und Hannoveraner haben die Chance genutzt, ihre Fragen und Anliegen an ihre SPD zu richten.

Eine Gastronomin machte sich Sorgen, ob nach der Überbrückungshilfe III weitere Hilfsprogramme zu erwarten seien. Olaf Scholz stellte klar, dass Hilfen vermutlich mit der Zeit von weniger Unternehmen in Anspruch genommen würden, dass sie jedoch für diejenigen, die sie weiter bräuchten, auch weiter abrufbar bleiben sollen.

Ministerpräsident Stephan Weil erinnerte daran, dass Olaf Scholz vor vielen Jahren als Arbeitsminister das Kurzarbeitergeld eingeführt hat, das in dieser Krise Millionen Arbeitsplätze erhält. Er hat Deutschland in besonderem Maße pandemiefest gemacht und sein „German Kurzarbeitergeld“ wird aktuell weltweit kopiert.

Der Seelsorger einer Schule forderte, bei Schulschließungen die Bildung und die sozialen Folgen gleichermaßen im Blick zu behalten. Auch Olaf Scholz macht sich

große Sorgen um Kinder und Jugendliche. Der Grundsatz, dass die Schulen als letztes schließen und als erstes wieder auf machen sollen sowie das von der SPD erkämpfte Aufholpaket sollen Linderung verschaffen.

Adis Ahmetovic war dieses Thema ebenfalls besonders wichtig: „Kinder und Jugendliche haben es in der Corona-Krise am schwersten und die Frage der möglichen Schulöffnung ist die am schwersten zu beantwortende Frage. Es darf keine Generation Corona aus dieser Krise erwachsen!“

Es wurde Tacheles geredet und es ist klar geworden, dass Olaf Scholz einen Plan davon hat, wie wir aus der Pandemie heraus kommen, international wettbewerbsfähig bleiben und weiterhin als ein guter Partner in der Weltgemeinschaft gesehen werden. Eine gerechte Steuerpolitik, eine globale Mindestbesteuerung für Unternehmen, Wohnungsbau, die Aufwertung vieler oft von Frauen ergriffener Berufe und ein Gesundheitswesen, das dazu da ist, die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen und nicht um Gewinne zu erwirtschaften: Mit dem Kanzler Olaf Scholz wird sich vieles bewegen.



Barrieren abbauen in Zeiten der Digitalisierung

Mit dem Barrierefreiheitsstärkungsgesetz werden EU-weite Standards für die Barrierefreiheit digitaler Produkte und Dienstleistungen geschaffen. Damit erhöhen wir das Angebot an barrierefreien Produkten und sorgen durch mehr Wettbewerb für günstigere Preise. Das Gesetz macht einen weiteren Schritt in Richtung Barrierefreiheit für viele Menschen und schafft Erleichterungen im Alltag.

Die Corona-Pandemie hat uns eindrücklich vor Augen geführt, wie wichtig die Digitalisierung für unser Zusammenleben ist. Auch wenn Barrierefreiheit heute noch häufig auf die Rampe vor dem Supermarkt reduziert wird, sind die Hürden für Beeinträchtigte immer noch vielfältig,

besonders im digitalen Bereich. Die SPD-Bundestagsfraktion hat es sich zur Aufgabe gemacht, Barrieren Schritt für Schritt abzubauen - überall. Dazu leisten wir mit diesem Gesetz einen entscheidenden Beitrag.

Von den neuen Regelungen sind besonders Elektronikprodukte umfasst, die jeder von uns täglich nutzt, wie etwa der Fernseher oder das Smartphone. Aber auch Selbstbedienungsterminals und Apps fallen darunter. Damit Unternehmen die neuen Regeln auch einhalten können, schaffen wir zusätzliche Informationsangebote bei der zentralen Beratungsstelle für Barrierefreiheit.

Zukunft, Respekt, Europa – unser Wahlprogramm

Die heute Show bezeichnete unser seinerzeit frisch verabschiedetes Zukunftsprogramm am 14. Mai als „regelrecht links“ und auch wenn das natürlich humoristisch gemeint war, kann man dem nicht widersprechen. Ja, wir sind links! Wir stehen für Solidarität, staatliche Fürsorge für die Gesundheit, Teilhabe, Bildung und Chancen für alle.

Unser Zukunftsprogramm zeigt das, was wir uns für die Zukunft Deutschlands und aller



seiner Bürgerinnen und Bürger wünschen. Wohnen, arbeiten, pflegen und gepflegt werden, Gleichstellung, Kinder, das Leben nach Corona, der Klimawandel, die Überwindung von Ungleichheit, Digitalisierung und eine klare Positionierung gegen Rassismus und Ausgrenzung sind unsere wichtigsten Themenfelder für die Zukunft und Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Unsere Politik in diesen Feldern soll zeigen, wie wichtig uns der Respekt vor dem Leben, der Lebensleistung und der Würde aller Bürgerinnen und Bürger ist. Für uns ist der Sozialstaat der Partner der Bürger:innen.

Dieses Programm haben wir so breit diskutiert wie noch nie in der Vergangenheit der SPD. Auch Kerstin Tack hat an dem Programm mitgearbeitet. Es kommt aus unserer Mitte. Bei uns stehen die Programmatik und der Wunsch, Deutschland und Europa besser, menschlicher und gerechter zu machen, im Mittelpunkt. Das ist an vielen Punkten kein „weiter so“, was immer eine Portion mehr Mut erfordert. Am besten kann unser Zukunftsprogramm in seiner digitalen Version begutachtet werden.

www.spd.de/zukunftsprogramm

Terminvorschau

1. Juli 2021 | Auf ein Wort mit Katarina Barley und Adis Ahmetovic in der Europalounge der SPD Hannover, Moderation: Kerstin Tack

5. Juli 2021 | Fraktion vor Ort digital in Nürnberg „Sozialstaat als Partner“ bei Gabriela Heinrich, MdB

16. August 2021 | Christine Lambrecht im Gespräch mit Adis Ahmetovic, Moderation: Kerstin Tack

Kerstin Tack digital unterwegs



1. Juni 2021 | Fraktion vor Ort digital im Saarland „Gerecht ist ... gute Pflege“



31. Mai 2021 | Europalounge – Auf ein Wort mit Niels Annen und Adis Ahmetovic



22. April 2021 | Girls Day digital

Impressum:

kontakt | Ausgabe Juni 2021

V.i.S.d.P.: Kerstin Tack

Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

www.kerstin-tack.de | kerstin.tack.wk@bundestag.de

Redaktion: Alexandra Dzaack, Joana Kleindienst, Flemming Krause, Michèle Rochau und Heidi Röder

Layout und Satz:

Knud Lagershausen

Gedruckte Auflage:

2.500 Exemplare

Redaktionsschluss:

10. Juni 2021

Bildnachweise:

S. 1 Nana | Kerstin Tack

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com

S. 1 Kerstin Tack | Susie Knoll

S. 2 Lösen/Bremsen | claudiaarndt / photocase.com

S. 3 Interview | Philipp Schröder

S. 4 Starke Sozialpartner | Kerstin Tack

S. 5 Olaf Scholz im Wahlkreis | Philipp Schröder

S. 6 Screenshots | Kerstin Tack



Lieferkettengesetz auf letzten Metern beschlossen

Mit dem Lieferkettengesetz haben wir zum ersten Mal ein Gesetz, welches Unternehmen in die Verantwortung nimmt, Menschenrechte einzuhalten. In einer globalisierten Welt endet die Sorgfaltpflicht von Unternehmen nicht mehr am Werkstor. Bisher sind zu wenige Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Verantwortung entlang ihrer Lieferkette im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung nachgekommen. Das wird sich nun ändern.

Das deutsche Lieferkettengesetz bedeutet einen wichtigen Schritt für bessere Arbeitsbedingungen und gegen Kinderarbeit in der Welt. Künftig wird klar geregelt, was Unternehmen tun müssen und was sie nicht mehr tun dürfen. Es wird eine starke Kontrollbehörde geben.

Im parlamentarischen Verfahren haben wir das Gesetz noch klarer und stärker gemacht. So wird der Anwendungsbereich des Gesetzes auch auf ausländische Unternehmen ausgeweitet und es wird für faire Wettbewerbsbedingungen gesorgt. Ausländische Firmen mit Zweitniederlassungen in Deutschland werden in das Lieferkettengesetz einbezogen. Das Lieferkettengesetz betrifft ab Januar 2024 Unternehmen mit über 1000 Beschäftigten. Davor ist ein Übergangszeitraum vorgesehen: ab dem 01. Januar 2023 gilt das Gesetz für Unternehmen mit über 3000 Mitarbeitern. Auch Betriebsräte sind künftig beim Sorgfaltpflichtenmanagement mit einzubeziehen, was sicherlich zu einem Mehr an Qualität führen und die Mitbestimmung im Unternehmen ausweiten wird.

Das Lieferkettengesetz ist und war der SPD ein wichtiges Anliegen. Wir haben es seinerzeit im Koalitionsvertrag festgeschrieben und lange um einen guten Gesetzentwurf gerungen. Im parlamentarischen Verfahren konnten wir wichtige Punkte gegen die Union durchsetzen. Darum freue ich mich sehr darüber, dass wir das Gesetz nach langen und zähen Verhandlungen in den letzten Zügen dieser Legislaturperiode beschließen konnten.

Mit dem deutschen Lieferkettengesetz haben wir das weltweit stärkste Lieferkettengesetz eingeführt und sind somit „Schrittmacher“ für ein europäisches Lieferkettengesetz. Nun muss die EU nachziehen und ein europäisches Lieferkettengesetz auf den Weg bringen, um europaweit ein Zeichen für Menschenrechte und gegen Ausbeutung zu setzen.

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule beschlossen

Nach dem bereits bestehenden Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz ab dem ersten Geburtstag, folgt der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Aufgrund der damit einhergehenden Herausforderungen im Bereich der baulichen Infrastruktur sowie der Personalgewinnung startet dieser ab 2026 und wird in mehreren Schritten bis 2029 umgesetzt.

Der Bund unterstützt die hierfür zuständigen Länder und Gemeinden bei Investitionen in Ganztagsschul- und Betreuungsangebote und beteiligt sich darüber hinaus auch an den laufenden Betriebskosten.